

DBV Präsidiumserklärung

„Zukunft der Tierhaltung: Weiterentwicklung statt Abbau“

Die Nutztierhaltung in Deutschland hat eine essenzielle Bedeutung für die Landwirtschaft. Sie ist unverzichtbarer Bestandteil von landwirtschaftlichen Stoffkreisläufen und leistet im Verbund mit der Erzeugung von pflanzlichen Lebensmitteln und von nachwachsenden Rohstoffen über Nutzungskaskaden und die Verwertung von Koppelprodukten einen enormen Beitrag zur Ressourcen- und Klimaeffizienz. Die Nutztierhaltung pflegt ferner die Kulturlandschaft und bietet vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und Potentiale für den Tourismus.

Schließlich ist die Tierhaltung wirtschaftliches Rückgrat der Landwirtschaft. Dies gilt auch für die vor- und nachgelagerten Stufen der Vermarktungskette und damit auch für die ländlichen Räume. Mehr als die Hälfte aller Erlöse in der deutschen Landwirtschaft stammen aus der Tierhaltung und bedeuten Wertschöpfung und Einkommen für die Familien auf den landwirtschaftlichen Betrieben sowie für zahlreiche Arbeitnehmer in den vor- und nachgelagerten Unternehmen. Während in der Regel nur noch ca. 2% der Menschen im ländlichen Raum direkt in der Landwirtschaft arbeiten, finden sich in gut entwickelten Agrarregionen rund 30% der Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich. Dieser Stellenwert gebietet einen umsichtigen und verantwortungsvollen Umgang mit Transformationsprozessen und Umbauplänen.

Die unterschiedlichsten Herausforderungen für die Tierhaltung aus gesetzgeberischen Verschärfungen und marktwirtschaftlichen Herausforderungen haben bereits in der jüngsten Vergangenheit zu einem zunehmenden, sich beschleunigenden Abbau der Tierhaltung geführt. Familien- und mehrfamiliengeführte Unternehmen, die seit Generationen Tierhaltung betreiben, verabschieden sich für immer.

Die Nutztierhaltung steht im kritischen Fokus medialer und politischer Debatten. Gleichzeitig hängen Zukunft und Erfolg einer modernen Tierhaltung in hohem Maße von der Akzeptanz in Politik, Gesellschaft und Verbraucherschaft ab. Auch aus eigenem Interesse an einer nachhaltigen Tierhaltung sind Landwirte offen für Veränderungen, erwarten dabei aber Planbarkeit, Verlässlichkeit, eine konsistente Gesamtstrategie für eine Weiterentwicklung zu höheren und akzeptierten Standards für Tierwohl und Nachhaltigkeit sowie ausreichende ökonomische Tragfähigkeit. Das BMEL-Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (KNW) als Plattform der relevanten Stakeholder und gesellschaftlichen Gruppen hat in diesem Sinne eine effektive und zukunftstaugliche Strategie entwickelt und empfohlen. Der Bauernverband stand von Anfang an hinter der ganzheitlichen Umsetzung dieser Empfehlungen.

Das KNW hat seine primäre Aufgabe erfüllt und ein schlüssiges Konzept für den Umbau der Tierhaltung in Deutschland vorgelegt. Eine tatsächliche Umsetzung der gemeinsamen Empfehlungen ist trotz gegenteiliger verbaler Absichtsbekundungen seitens der Politik bisher nur in Ansätzen und in bruchstückhafter Weise erfolgt; darüber hinaus ist eine ernsthafte Berücksichtigung nicht in Sicht. Diese fehlende Perspektive hat das KNW zum Anlass genommen,

die Arbeit zu beenden - obwohl für eine Lösung wichtiger Fragestellungen zur Zukunft der Tierhaltung die Expertise des KNW unentbehrlich ist.

Die nicht erfolgte Umsetzung der KNW-Empfehlungen und die daraus resultierende Beendigung der Arbeit des KNW ist aus Sicht des DBV eine vertane Chance für eine zukunftsweisende Nutztierstrategie und ein Beleg für die Fortsetzung langjähriger strategischer Konzeptionslosigkeit. Es ist mehr als bedauerlich, dass die Bundesregierung diesen Weg nicht entschlossen mitgeht. Letztlich wird damit die Möglichkeit verspielt, die gesellschaftlich gewünschte Weiterentwicklung der Tierhaltung auf den Weg zu bringen. Stattdessen geht der Abbau der Erzeugung in Deutschland und die Verlagerung in andere Teile Europas weiter, so dass der Weg zu höheren Standards konterkariert wird. Der Eindruck, dass diese Entwicklung von der Bundesregierung billigend in Kauf genommen wird, ist schwer zu widerlegen und wird durch weitere nationale Alleingänge bei Auflagen und im Ordnungsrecht eher bestätigt.

Der Handlungsbedarf ist groß, wir arbeiten gegen die Zeit und gegen den Export der Tierhaltung aus Deutschland. Ein politisch angetriebener Abbau der Tierhaltung, der die bäuerliche Tierhaltung in Familienbetrieben gefährdet und zu Lasten der ländlichen Räume geht, muss umgehend beendet werden!

Aus Sicht des Deutschen Bauernverbandes müssen daher folgende Punkte dringend angegangen werden:

- Ein umfassendes Paket zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Nach wie vor bestehen hohe Veränderungserwartungen an die Nutztierhaltung, denen nur entsprochen werden kann, wenn wirtschaftliche Tragfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Binnenmarkt gewährleistet sind.
- Eine umfangreiche Nachbesserung des aktuell noch bei der EU in Prüfung befindlichen Bundesförderprogramms. Dieses reicht derzeit nur für Mitnahmeeffekte aus und muss so ausgerichtet werden, dass die Breite der Betriebe in eine echte Weiterentwicklung einbezogen werden kann.
- Ein Stopp weiterer nationaler Alleingänge im Tierschutz- und Ordnungsrecht. Aktuell arbeitet die EU-Kommission intensiv an einer ambitionierten Überarbeitung und Erweiterung der europäischen Tierschutz-Gesetzgebung. Dies bietet die Chance, nationale Regelungen an die zukünftigen höheren europäischen Standards anzugleichen.
- Insbesondere die Sauenhalter benötigen angesichts der geänderten Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung mit Anforderungen, die weit über die entsprechenden Regelungen der europäischen Wettbewerber hinausgehen, finanzielle Unterstützung. Ist dies über eine Anpassung des Bundesförderprogramms nicht realisierbar, muss ein Sonderinvestitionsprogramm für alle Sauen haltenden Betriebe unabhängig von der Betriebsgröße aufgelegt werden.
- Eine deutliche Verbesserung der Abstimmung zwischen Bund und Ländern für eine ganzheitliche und bundesweit einheitliche Weiterentwicklung der Tierhaltung. Es ist wenig zielführend, wenn auf Bundesebene Gesetze beschlossen werden und die Umsetzung an die Länder delegiert wird, ohne sie vorher entsprechend einzubeziehen.

- Nach Ende des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung kommt es mehr als je zuvor auch auf einen neuen Dialogprozess zwischen Bundesregierung und Wirtschaft zur Weiterentwicklung der Tierhaltung an. Die bisher üblichen Dialogformate werden diesem Anspruch nicht gerecht. Es darf nicht sein, dass bei vielen Akteuren der Eindruck von Alibi-Veranstaltungen entsteht.
- Weitere Erleichterungen im Immissionsschutzrecht. Eine Verabredung zwischen Bund und Ländern über eine gemeinsame Auslegung der bestehenden TA Luft reicht nicht aus, um Umbauten in genehmigungspflichtigen Anlagen zu ermöglichen.
- Kurzfristige Erweiterung und Nachbesserung der verpflichtenden Haltungskennzeichnung auf die Bereiche Sauenhaltung, Verarbeitungsware und Großverbraucher sowie die Ausweitung auf weitere Tierarten.
- Einführung einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung. Wir begrüßen die Bekundungen verschiedener Lebensmitteleinzelhändler, ihr Warensortiment auf deutsche Herkunft im Sinne von 5xD auszurichten und fordern die übrigen auf, diesem Beispiel zu folgen.
- Eine Klarstellung, dass die Regelungen des §210a GMO für die Honorierung höherer Tierwohl- und Nachhaltigkeitsstandards bzw. die Festlegung von entsprechenden Preisauflagen für die Erzeuger uneingeschränkt Anwendung finden können.

Ein allgemeines Bekenntnis zu einer zukunftsfähigen Tierhaltung in Deutschland, so wie es von Seiten der Bundesregierung abgegeben wird, darf nicht durch die tatsächlich umgesetzte Gesetzgebung konterkariert werden. Es ist völlig inakzeptabel, wenn das BMEL mehr oder weniger offen eine politische Agenda zur Halbierung der Tierhaltung in Deutschland verfolgt. Stattdessen muss es das Ziel sein, einen möglichst großen Anteil der Erzeugung für die heimische Nachfrage nach tierischen Produkten im eigenen Land zu halten.

Der Deutsche Bauernverband steht zur Weiterentwicklung und zu weiteren Veränderungen in der Tierhaltung im Einklang mit gesellschaftlichen Anforderungen. Die Veränderungen müssen aber in einem angemessenen zeitlichen Rahmen für die teilweise weitreichenden Anpassungen erfolgen und unter Berücksichtigung des Wettbewerbs im EU-Binnenmarkt. Eine Politik, die mit einer Vielzahl von kleinteiligen Auflagen die bäuerliche Tierhaltung in Deutschland ins ökonomische Aus befördert und zu einer Verlagerung der Tierhaltung in Regionen mit niedrigeren Standards führt, wird grundsätzlich abgelehnt. Ein solches Vorgehen wird den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht gerecht und ist letztendlich im Hinblick auf den Wunsch nach höheren Tierwohlstandards kontraproduktiv.

Der Deutsche Bauernverband erwartet von Politik und Gesetzgebung, dass das allgemeine Bekenntnis zur Zukunft der Tierhaltung in Deutschland auch bei der Konzeption, Gestaltung und Umsetzung von Gesetzesvorhaben und Rahmenbedingungen konsequent umgesetzt wird. Die landwirtschaftlichen Tierhalter stehen für konstruktive Gespräche zur Weiterentwicklung der Tierhaltung bereit.